



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

Erfolgreiche Bilanz: Zehn Jahre Wohnungspolitisches Konzept Potsdam

09.10.2025 Fachinformation

Vor zehn Jahren hat die Landeshauptstadt Potsdam mit dem Wohnungspolitischen Konzept die Grundlage für eine vorausschauende, soziale und nachhaltige Wohnungspolitik gelegt. Heute zieht sie eine positive Bilanz: Das Wohnungsangebot konnte in den vergangenen Jahren um mehr als zehn Prozent erweitert werden. Insgesamt wurden in Potsdam in diesem Zeitraum 13.170 neue Wohnungen fertiggestellt – darunter 1.258 geförderte Wohnungen, für die überwiegend eine Mietpreis- und Belegungsbindung gilt. Diese stehen den Potsdamer*innen ebenso wie die 1.136 mit Fördergeldern sanierten Wohnungen zu erschwinglichen Mieten zur Verfügung. Dank der kontinuierlichen Umsetzung von geförderten Neubau- und Sanierungsprojekten konnte die Landeshauptstadt bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum schaffen. Allein die kommunale Wohnungsgesellschaft Pro Potsdam hat seit 2015 1667 bezahlbare Wohnungen errichtet, 1089 dieser Wohnungen waren gefördert.

„Potsdam hat in den letzten zehn Jahren viel erreicht – aber der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum bleibt hoch. Der Wohnungsmarkt unserer Stadt ist extrem angespannt. Steigende Baukosten, Zinsen und die zurückgefahrte Förderung erschweren zudem den Wohnungsbau erheblich. Um weiterhin handlungsfähig zu bleiben, benötigen wir verlässliche Rahmenbedingungen, mehr Fördergelder und zinsgünstige Kredite von Land und Bund. Nur gemeinsam können wir bezahlbaren Wohnraum schaffen und sicherstellen. Und das müssen wir, damit Potsdam für alle Menschen eine lebenswerte Stadt bleibt“, sagt **Brigitte Meier**, Geschäftsbereichsleiterin für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit der Landeshauptstadt Potsdam.

Auch beim Schutz bestehender Quartiere setzt Potsdam Maßstäbe. Mit zwei sozialen Erhaltungssatzungen in der Teltower Vorstadt Nord und in Babelsberg Süd schützt die Stadt ihren bezahlbaren Wohnraum gezielt vor Verdrängung. Eine weitere Erhaltungssatzung für die Brandenburger Vorstadt wird gerade vorbereitet. Das Wohnraumzweckentfremdungsverbot zeigte ebenfalls Wirkung: Insgesamt konnten zwischen 2022 und 2024 mit dem Instrument der Zweckentfremdungssatzung 114 Wohnungen der Wohnnutzung zurückgeführt werden.

Begleitend wurde das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen etabliert, das die Landeshauptstadt zu diesem Thema berät. Dem Gremium gehören unter anderem Vertreter*innen aus Wohnungswirtschaft, Sozialverbänden, Mietervertretungen, den städtischen Beiräten und Politik an. Mit dem Pilotprojekt „Koordinierungsstelle Wohnungstausch“ wurden neue Wege erprobt, um Wohnfläche effizienter zu nutzen und den sozialen Zusammenhalt in den Quartieren zu stärken und dabei wichtige Erfahrungen zu Chancen und Hürden des Wohnungswechsels gesammelt. Die städtische Wohnungsberatung in der Wilhelm-Galerie setzt die Unterstützung bei beabsichtigten Wohnungsveränderungen fort.

Mit der im Mai 2024 beschlossenen Fortschreibung des Wohnungspolitischen Konzepts richtet Potsdam den Blick in die Zukunft. Unter dem Dreiklang „Befördern, Beschleunigen, Bewahren“ will die Landeshauptstadt weiterhin geförderten Wohnungsbau umsetzen, Verfahren vereinfachen und den Bestand sichern – auch im Einklang mit Klimaschutz und Energiewende. So bleibt Potsdam eine Vorreiterstadt für soziale, nachhaltige und zukunftsfähige Wohnungspolitik in Brandenburg.

Quelle: Landeshauptstadt Potsdam/Der Oberbürgermeister

